

Es droht eine «stille Pandemie»

Nach der Krise ist vor der Krise: In Spitälern und Apotheken fehlen bis 20 Prozent der Antibiotika.

Pascal Michel

Es ist ein Wettlauf gegen die Zeit. Fast 100 Jahre nachdem der Brite Alexander Fleming das Penicillin entdeckte, drohen die Antibiotika zur stumpfen Waffe gegen bakterielle Erreger zu werden. Weltweit nehmen Fälle, bei denen sie nicht mehr anschlagen, zu – auch in der Schweiz. Die Folgen solcher Resistenzen sind gravierend, weil damit vermeintlich gut behandelbare Infekte wieder lebensbedrohlich werden können.

Das Schweizerische Zentrum für Antibiotikaresistenzen geht davon aus, dass deswegen pro Jahr rund 300 Menschen an Infektionen sterben – im Jahr 2010 waren es erst halb so viele gewesen. Die Zeit drängt. Denn seit rund 20 Jahren sind weltweit keine neuen Antibiotika mehr auf den Markt gekommen. Und die Ärzte brauchen dringend neuen Stoff.

Es fehlen im Moment vor allem Penicilline

Doch die Prioritäten liegen derzeit anders. Hiesige Ärzte und Spitäler wissen aktuell nicht einmal, wie lange es überhaupt noch genügend konventionelle Antibiotika zu kaufen gibt. Das Bundesamt für Wirtschaftliche Landesversorgung (BWL) warnte kürzlich, es drohe eine schwere Mangellage bei Antibiotika in Tablettenform. Deshalb müssen per 1. März die Pflichtlager ausshelfen. Besonders betroffen von der Versorgungskrise ist die Wirkstoffgruppe der Penicilline.

«Wir spüren die Nachwehen der Pandemie», sagt Monika Schäublin, Leiterin der Geschäftsstelle Heilmittel beim BWL, zur «Schweiz am Wochenende». Wegen der Lockdowns seien weniger Leute krank geworden und hätten weniger Antibiotika benötigt. Deshalb sei die Nachfrage gesunken. Gleichzeitig hätten sich Anbieter aus dem wenig lukrativen Markt zurückgezogen. Diese Folgen werden jetzt sichtbar.

«Der Bedarf stieg Ende 2022 wieder sprunghaft an – und das in einem Markt, der schon vor der Pandemie am Limit gelaufen ist», sagt Schäublin. Zurzeit fehlen je nach Wirkstoff bis zu 20 Prozent des schweizweiten Bedarfs an Antibiotika.

In den Spitälern waren die Antibiotika-Infusionen bereits seit längerem knapp. Jetzt bekommen auch Patienten, die ein Rezept für Tabletten oder Kap-

«Bund oder Kantone sollten Antibiotika-Hersteller zur Lieferung verpflichten.»

Rudolf Blankart
Professor für Regulierungsfragen an der Universität Bern

seln erhalten, die Antibiotika-Krise zu spüren. Die aktuellen Engpässe und die Entwicklung von Resistenzen hängen eng zusammen: Wenn die passenden Wirkstoffe fehlen, kommen vermehrt Breitband-Alternativen zum Zug – was wiederum die Entwicklung multiresistenter Keime fördert.

Experte fordert neue Anreize für Pharmafirmen

Einer, der diese Entwicklung mit Sorge verfolgt, ist Rudolf Blankart. Der 42-Jährige ist nicht nur Professor für Regulierungsfragen an der Uni Bern, er arbeitet auch am Schweizerischen Institut für Translationale Medizin und Unternehmertum und präsidiert den sogenannten «Runden Tisch Antibiotika». Bei einem Kaffee erzählt Blankart, wie er bereits vor sechs Jahren einen Appell an den Bundesrat verschickte, um auf die Dringlichkeit einer sicheren Versorgung mit wirksamen Antibiotika hinzuweisen. Als Erster reagierte Finanzminister Ueli Maurer. Ein ganzes Jahr musste Blankart

warten, bis er bei Gesundheitsminister Alain Berset einen Termin erhielt. Zwar investierte der Bundesrat danach Geld in verschiedene Projekte und lancierte einen nationalen Aktionsplan – doch konkrete Massnahmen, wie die Schweiz die Versorgung mit alten Antibiotika besser sicherstellen und die Entwicklung neuer Antibiotika fördern könnte, fehlen bisher.

«Wir müssen rasch reagieren. Die Entwicklung und Herstellung neuer Antibiotika kann bis zu zehn Jahre dauern», sagt Blankart. Wie ernst er die Lage sieht, zeigt der Ton der Medienmitteilungen, die er als Präsident des Vereins «Runder Tisch Antibiotika» verfasste. Von einer «stillen Pandemie» und «einem Wettlauf gegen krankheitserregende Bakterien, den wir zu verlieren drohen», ist die Rede. Statt einfach den Preis für ein Antibiotikum um das x-Fache zu erhöhen, damit die Pharmafirmen wieder mehr in neue Produkte investieren, plädiert er für innovative finanzielle Anreize. So könnte der Staat beispiels-

weise eine Prämie beim Markteintritt eines neuen Antibiotikums bezahlen oder längerfristig Zuschüsse leisten, damit ein Produkt auf dem Markt bleibt. Um die Versorgungssicherheit für Antibiotika zu verbessern, schlägt Blankart langfristige Verträge mit den Herstellern vor. «Bund oder Kantone sollten mit Antibiotika-Herstellern Vereinbarungen abschliessen, in denen sich die Firmen zur Lieferung bestimmter Produkte verpflichten.» Liefere die Unternehmen nicht, werden Sanktionen fällig. Im Gegenzug zahlt der Staat Preise, die es den Herstellern erlauben, in Massnahmen zur Sicherung ihrer Lieferketten zu investieren.

Die Industrie kritisiert seit Jahren den ruinösen globalen Preiswettbewerb. Die niedrige Marge im Antibiotika-Geschäft ist ein Grund, warum Novartis ihre Tochterfirma Sandoz noch dieses Jahr abspaltet. Deshalb möchten SP-Exponenten die Sandoz verstaatlichen. Daneben kursieren Ideen, die Produktion wieder nach Europa zurückzuholen. Das möchte Blankart differenzierter angehen: Durchdachte finanzielle Anreize seien effizienter.

Beim Bundesamt für Gesundheit heisst es, man unterstütze verschiedene Programme, die Forschung und Entwicklung förderten. Auch zu Anreizsystemen seien dabei Vorabklärungen getroffen worden. Es brauche aber für die Entwicklung von neuen Antibiotika sowie neuen Anreizmodellen international koordinierte Ansätze. Man stehe in Kontakt mit dem «Runden Tisch Antibiotika» und sei offen für entsprechende Vorstösse.

Es ist die Konjunktur einer jeden Krise: Sobald sie wie jetzt für die Normalbürger spürbar wird, steigt der Druck. Die Chancen stehen besser als auch schon, dass Rudolf Blankart nicht nochmals ein Jahr auf einen Termin mit dem Gesundheitsminister warten muss.



Besonders betroffen von der Krise ist die Wirkstoffgruppe der Penicilline.

Bild: Imago

Medien

Künstliche Schwarm-Intelligenz

Eine klaffende Lücke in unserem Mediensystem – das haben die Initianten des von Stiftungen anspruchsbefähigten Medienprojekts «Polaris» entdeckt: «vertrauenswürdige Nachrichten aus deiner Umgebung». Diese «letzte Meile in der News-Versorgung» zu schliessen, schickt sich «Polaris» an und sucht dazu technisches Personal. Im Herbst sollen die ersten «Pilotregionen» erschlossen werden. Nun denn.

Zunächst ist «Polaris» eine weitere App. Darauf sollen einerseits öffentliche Informationen aus den Amtsstuben publiziert werden, die ein Community Management kuratiert. Andererseits Nachbarnachrichten, die eine regionale Community einspeist, die dabei wiederum vom Community Management unterstützt wird. Was «Polaris» von älteren Anläufen des Citizen Journalism unterscheidet, ist der technophile Ansatz – oder anders gesagt: die Vereinigung von Schwarm- und künstlicher Intelligenz.

Ob die Aneinanderreihung von hippen Bezeichnungen in englischer Sprache schon als Geschäftsidee gelten darf, ist damit nicht beantwortet. Doch wenn allein schon die gute Absicht zählt, dann sollte an einem Gelingen nicht gezweifelt werden. Denn wer will es nicht: das kostenlose, transparente und verlässliche Nachbarnachrichten-Netzwerk? – Auch wenn es «Polaris» brauchte, um dies als Lücke zu erkennen.



Christian Mensch
christian.mensch@chmedia.ch

ANZEIGE

abo+

News

Jetzt anmelden und sparen

Profitieren Sie von attraktiven Spezialangeboten, Leserreisen, Verlosungen und tollen Rabatten.

Verpassen Sie kein Angebot mehr:
tagblatt.ch/aboplusnews



Jetzt
abonnieren

